

Dr. Arnd Rüter
Haydnstraße 5
85591 Vaterstetten
[IG_K-LG_23156]
= [IG_K-PP_202]

Einschreiben Übergabe

- persönlich -
Günther Kolbe
Präsident des
Bayerischen Landessozialgerichts
Ludwigstraße 15
80539 München

Vaterstetten, 29.09.2023

Ihre Aktenzeichen: **LSG-32 01-312-1-3** [IG_K-PP_202]
L 12 KR 179/22, L 12 KR 180/22,
L 12 KR 325/22 – L12 KR 329/22

meine Aktenzeichen:

[IG_K-LG_23100] bis [IG_K-LG_23119],
[IG_K-LG_23200] bis [IG_K-LG_23214],
[IG_K-LG_23115], [IG_K-LG_23120] bis [IG_K-LG_23156] ff
[IG_K-PE_2301] bis [IG_K-PE_2320]
[IG_K-PL_518]
[IG_K-PP_200] bis [IG_K-PP_202]

alle referenzierten Dokumente [IG_K-XX_2yyyy] oder [IG_O-XX_yyyyy] sind barrierefrei und öffentlich zugänglich über den Webauftritt der Interessengemeinschaft der GMG-Geschädigten <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/>, die Beweisdokumente der Gruppe "IG-K" sind direkt zugänglich über <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-K/> die umfangreichen Beweisdokumente der Gruppe "IG-Szz" sind direkt zugänglich über <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Schluesse/>

politisch motivierte Willkürjustiz in den Berufungsverfahren

- Berufungsklage 3 vom 20.04.2022
- Berufungsklage 4 vom 20.04.2022
- Berufungsklage 5 vom 04.08.2022

verweigerte Bearbeitung einer Dienstaufsichtsbeschwerde

Herr Präsident des Bayerischen Landessozialgerichts, Günther Kolbe,

auf meine **Dienstaufsichtsbeschwerde** vom 09.09.2023 ([IG_K-PP_200]) haben Sie am 20.09.2023 (Eingang 26.09.2023) erwartungsgemäß unter Missachtung von „Gesetz und Recht“ reagiert.

Sie stellen im 1. Satz richtigerweise fest, dass ich eine Dienstaufsichtsbeschwerde **gegen die Richter und Richterinnen des 12. Senats** erhoben habe, ...

*„mit Ihrem Schreiben vom 9. September 2023 erklären Sie, Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Richter*innen des 12. Senats zu erheben.*

...dann holen Sie kurz Luft und fangen an zu **lügen** (bewusst Unwahres behaupten, ugs. **lügen**). Sie behaupten die Dienstaufsichtsbeschwerde richte sich gegen die gerichtliche Entscheidung und ich würde damit deren Korrektur anstreben.

„Eine Dienstaufsicht besteht in einem wie hier vorliegenden Fall nicht. Sie monieren, die Entscheidung des 12. Senats vom 19. Oktober 2022 sei falsch. Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass ein Eingriff in die Rechtsfindung und eine Bewertung einer gerichtlichen Entscheidung sowie deren Korrektur im Rahmen der Dienstaufsicht nicht möglich sind. Mit einem entsprechenden Vorgehen würde der verfassungsrechtliche Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit verletzt. Gerichtliche Entscheidungen können nur im Rahmen eines zulässigen Rechtsmittelverfahrens überprüft werden. Ist eine Anfechtungsmöglichkeit nicht vorgesehen oder ist die Frist für eine Einlegung eines Rechtsmittels abgelaufen, erwächst die Entscheidung in Rechtskraft.“

Dies ist schon deshalb unsinnig, weil **die gerichtlichen Entscheidungen dieser Richter** aus diversen Gründen **rechtsungültig** sind und zudem diese Richter dieses nach rechtsstaatlichen Grundsätzen auch zugestanden haben (siehe Dienstaufsichtsbeschwerde [IG_K-PP_200] Punkt 1, Absatz 2; [IG_K-LG_23153]).

„Sie äußern sich zum Grundsatz der Gewaltenteilung und legen Ihre Rechtsauffassung zur Erhebung von Beiträgen in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung auf Versorgungsbezüge dar.“

Ich lege ausnahmslos weder in der Dienstaufsichtsbeschwerde noch andernorts „**Rechtsauffassungen**“ dar, da meine „Rechtsauffassungen“ in der Judikative selbstverständlich keine Rolle spielen, sondern ich beweise meine **Tatsachenfeststellungen** grundsätzlich mit den Gesetzestexten der geltenden Gesetze der Bundesrepublik Deutschland (<https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/>). Für die bayerischen Sozialrichter und Sie sollte das gleichermaßen gelten. Sie haben sich ebenso Ihre Rechtsauffassungen zu verkneifen und sich an die Gesetze zu halten (**Art. 20 Abs. 3, 97 Abs. 1 GG**), ob Sie mit Ihrer Auffassungsgabe überhaupt in der Lage sind irgendetwas aufzufassen und, wenn ja, zu welchen möglichen Auffassungen es dann ggf. reicht, spielt überhaupt keine Rolle. Es interessiert in einer **rechtsstaatlichen** Judikatur niemanden.

Die Richter der Sozialgerichtsbarkeit behaupten seit 2004 „Beiträge“ „auf Versorgungsbezüge“ zu erheben, wenn sie **private Ersparnisse** verarbeiten. Dabei reicht ihre Auffassungsgabe nicht einmal dafür aus, dass etwas, was in jemandes Eigentum ist, nicht plötzlich zu Einkommen mutieren kann, nur weil die verantwortlichen Politiker der rot-grünen Bundesregierung unter Schröder und die Lobbyisten der gesetzlichen Krankenkassen schon seit 2002/2003 die später von den Sozialrichtern zu verwendenden und eine Beleidigung des gesunden Menschenverstandes darstellenden **rechtsbeugenden** „Kriterien“ erfunden haben, ([IG_S04]:20180906_Das Zusammenspiel der Täter der GKVen, des BMGS und des BSG (staatlich organisierte Kriminalität); [IG_S06] 20190116_Die mit dem GMG einhergehende Kriminalisierung der Justiz – Teil I, Kap. 4 – 11, 18,19, insbes. Kap. 4 „Die Erfindung der rechtsbeugenden Kriterien in 2003“; [IG_S12]_20201212_Die staatlichen Juristen – ein Berufsstand zwischen Missbrauch und Größenwahn, Kap. IV). Sie geben vor, im Sinne eines Beitragsrechts Recht zu sprechen, und ihre Auffassungsgabe reicht nicht einmal aus für die Unterscheidung zwischen den Grundbegriffspaaren des Rechnungswesens „Auszahlung/Einzahlung“ und „Ausgabe/Einnahme“. Wenn man nicht wüsste, dass sie **vorsätzlich** die Gesetze brechen, müsste man schier an ihren „materiell hirnlosen Windbeuteleien“ (Zitat aus [IG_K-LG_23150] 20230810_TATSACHENFESTSTELLUNG zu den Rechtsbrüchen, insbesondere Verbrechen, in den Berufungsverfahren [...] durch die Richter des Bayerischen Landessozialgerichts [...]; Teil III, Kap. 1 „Lügen und Dummheit“, Kap. 2 „Vergewaltigung der deutschen Sprache – Sprachverdrehen, Rechtsverdrehen“) verzweifeln.

„Sie geben an, es würden gesetzlose Zustände herrschen.“

Wieso setzen Sie diese Aussage in den Konjunktiv („würden“), können Sie mein Schreiben ([IG_K-PP_200]) und die referenzierten Dokumente nicht lesen? („Sie geben an...“) Ich gebe überhaupt nichts an, sondern ich habe bewiesen. Die Formulierung „gesetzlose Zustände“ gibt ja die Realität nicht genau wider. Es ist nicht eine unerklärliche Abwesenheit von Gesetzen in der Rechtsprechung der Sozialgerichtsbarkeit festzustellen („gesetzlos“), sondern es geht um den **VORSATZ der Richter** die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland **notorisch, zwanghaft, massenhaft und schwerwiegend** zu brechen (umgangssprachlich nennt man dieses Handeln der Richter kurz und knackig: **kriminell**).

„Die Dienstaufsichtsbeschwerde ist zurückzuweisen.“

Die Begründung zur Ihrer Weigerung, die Dienstaufsichtsbeschwerde zu bearbeiten, beruht also ausschließlich auf Ihren eigenen **Lügen** (so viel zum Richtereid nach Art. 3 BayRiStAG; „... und nur der **Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen...**“). Probieren Sie es doch einmal mit Gesetzen; Sie werden doch fortlaufend - nicht nur im Grundgesetz, sondern in vielen Gesetzen unseres Rechtssystems (**§ 25 Deutsches Richtergesetz (DRiG)**) - dazu aufgefordert

§ 25 Grundsatz DRiG

Der Richter ist unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen.

§ 26 Dienstaufsicht DRiG

- (1) Der Richter untersteht einer Dienstaufsicht nur, soweit nicht seine Unabhängigkeit beeinträchtigt wird.
- (2) Die Dienstaufsicht umfaßt vorbehaltlich des Absatzes 1 auch die Befugnis, die **ordnungswidrige Art der Ausführung eines Amtsgeschäfts** vorzuhalten und zu ordnungsgemäßer, unverzüglicher Erledigung der Amtsgeschäfte zu ermahnen.
- (3) Behauptet der Richter, daß eine Maßnahme der Dienstaufsicht seine Unabhängigkeit beeinträchtige, so entscheidet auf Antrag des Richters ein Gericht nach Maßgabe dieses Gesetzes.

Sie, Herr Kolbe, Präsident des Bayerischen Landessozialgerichts, behaupten also ganz offen:

Der **vorsätzliche, notorische, zwanghafte, massenhafte und schwerwiegende** (VERBRECHEN, Hochverrat gegen den Bund) **Bruch der Gesetze durch die Richter der bayerischen Sozialgerichtsbarkeit**, also umgangssprachlich, das **kriminelle Handeln der Richter der bayerischen Sozialgerichtsbarkeit ist KEINE ordnungswidrige Art der Ausführung ihres Amtsgeschäfts** und entspricht ihrer **obliegenden Amtspflicht** (siehe Art. 34 GG).

Art 34 GG

Verletzt jemand in Ausübung eines ihm anvertrauten öffentlichen Amtes die ihm einem Dritten gegenüber **obliegende Amtspflicht**, so trifft die Verantwortlichkeit grundsätzlich den Staat oder die Körperschaft, in deren Dienst er steht. Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit bleibt der Rückgriff vorbehalten. Für den Anspruch auf Schadensersatz und für den Rückgriff darf der ordentliche Rechtsweg nicht ausgeschlossen werden.

Für Sie, Herr Kolbe, Präsident des Bayerischen Landessozialgerichts, sind **kriminelles Handeln** und „**obliegende Amtspflicht**“ zwei durchaus im Einklang stehende Sichten auf das Handeln von bayerischen Justizbeamten. Es könnte ggf. sein, dass Sie von der Bayerischen Staatsregierung eben wegen dieser „heraus gearbeiteten oder in Ihr Innenleben hinein gearbeiteten“ „Rechtsauffassung“ in 2018 zum Präsidenten des Bayerischen Landessozialgerichts ernannt wurden.

Dennoch ist Ihre Verweigerung der Dienstaufsichtspflicht aus der Sicht des **Strafgesetzbuches** zu betrachten:

§ 27 Beihilfe StGB

- (1) **Als Gehilfe wird bestraft, wer vorsätzlich einem anderen zu dessen vorsätzlich begangener rechtswidriger Tat Hilfe geleistet hat.**
- (2) **Die Strafe für den Gehilfen richtet sich nach der Strafdrohung für den Täter. Sie ist nach § 49 Abs. 1 zu mildern.**

§ 257 Begünstigung StGB, Absatz 1

- (1) **Wer einem anderen, der eine rechtswidrige Tat begangen hat, in der Absicht Hilfe leistet, ihm die Vorteile der Tat zu sichern, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.**

Anmerkung: Die Taten werden von den Richtern aus **niederen Beweggründen** begangen (Karriere-Geilheit), woraus sich die „Vorteile der Tat“ ableiten.

Sie haben also **Beihilfe (nach § 27 StGB)** und **Begünstigung (§ 257 StGB)** begangen für:

- die von den **Richtern Dürschke, Fr. Hentrich, Fr. Reich-Malter** und den **ehrenamtlichen Richtern Schärfl und Grundler** vom Bayerischen Landessozialgericht begangenen Straftaten ([\[JIG_K-LG_23041\]](#))
 - **115 Rechtsbeugungen (§ 339 StGB) i.V.m. § 12 StGB Verbrechen**
- die von der **Richterin Wagner-Kürn** vom Sozialgericht München begangenen Straftaten ([\[JIG_K-SG_23343\]](#), [\[JIG_K-SG_23533\]](#))
 - **429 Rechtsbeugungen (§ 339 StGB) i.V.m. § 12 StGB Verbrechen**
 - **51 Beihilfe und Begünstigung (Betrug im besonders schweren Fall, Nötigung, Erpressung, Amtsanmaßung)**
 - **5 Hochverrat gegen den Bund (§ 81 StGB)**

- die von den **Richtern Dr. Dürschke, Fr. Hentrich, Fr. Dr. Reich-Malter** und den **ehrenamtlichen Richtern Schärtl und Grundler** vom Bayerischen Landessozialgericht begangenen Straftaten ([\[JIG_K-LG_23150\]](#))
 - **928 Rechtsbeugungen (§ 339 StGB) i.V.m. § 12 StGB Verbrechen**
 - **3473 Beihilfe und Begünstigung (Betrug im besonders schweren Fall, Nötigung, Erpressung, Amtsanmaßung)**
 - **29 Hochverrat gegen den Bund (§ 81 StGB)**
 - **.. 39 Brüche der Europäischen Konvention f. Menschenrechte und zum Schutz der Grundrechte (EMRK)**

Allerdings sind das ja nur die Straftaten in meinem Fall, diese **Beihilfe** und **Begünstigung** leisten Sie ja auch in anderen Fällen.

Durch den staatlich organisierten Betrug auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch mit mafiösen Strukturen werden ja 6,3 Mio Bundesbürger seit 2004 um ca. 20 % ihres privat ersparten Geldes aus Kapitallebensversicherungen gebracht mit einer bisherigen Betrugsbeute von über 30 Milliarden Euro. Der **Betrug** und, wenn bei wehrhaften Betrogenen nötig, **Nötigung** und **Erpressung** oder **Beauftragung eines staatlich organisierten Diebstahls** werden in erster Linie von den **gesetzlichen Krankenkassen** durchgeführt. Naturgemäß spielen dabei die **Sozialgerichte** (Sozialgerichte, Landessozialgerichte, Bundessozialgericht) ebenfalls eine herausragende Mittäter-Rolle.

Es ist nicht bekannt wie viele weitere von den Betrogenen vor den Sozialgerichten geklagt und vor den Landessozialgerichten Berufung eingelegt haben; und es ist nicht bekannt, wie viele weitere von denen allein in Bayern seit 01.09.2018 von den Richtern der bayerischen Sozialgerichte oder des Bayerischen Landessozialgerichts abserviert wurden, weil Sie Herr Kolbe, den vorsätzlichen, notorischen, zwanghaften, massenhaften und schwerwiegenden Bruch der Gesetze durch die Richter der bayerischen Sozialgerichtsbarkeit als eine ordnungsgemäße Art der Ausführung der Amtsgeschäfte und der obliegenden Amtspflicht entsprechend einordnen (z.B.

- die von der **Richterin Brunner** vom Sozialgericht München begangenen Straftaten ([\[JIG_K-SG_27314\]](#))
 - **21 Rechtsbeugungen (§ 339 StGB) i.V.m. § 12 StGB Verbrechen**
 - **1 Nötigung im besonders schweren Fall (§ 240 StGB)**
- die von den **Richtern Dürschke, Fr. Reich-Malter, Hentrich** vom Bayerischen Landessozialgericht begangenen Straftaten ([\[JIG_K-LG_27315\]](#))
 - **8 Rechtsbeugungen (§ 339 StGB) i.V.m. § 12 StGB Verbrechen**
 - **1 Nötigung im besonders schweren Fall**
- oder die von der **Richterin Hentrich** und den **ehrenamtlichen Richtern Reiter und Bock** vom Bayerischen Landessozialgericht begangenen Straftaten ([\[JIG_K-LG_27320\]](#))
 - **66 Rechtsbeugungen (§ 339 StGB) i.V.m. § 12 StGB Verbrechen**
 - **3 Amtsanmaßungen**
 - **3 Begünstigungen von Betrug**

Und es ist auch nicht bekannt, ob Sie selbst derartige „Recht“sprechungen als Richter der Sozialgerichte Landshut, Augsburg, Regensburg und München und des Bayer. LSG in den Jahren 2000 bis 2018 produziert haben.

Führen Sie Buch über ggf. begangene Straftaten? Schlafen Sie ruhig, sozusagen (nein, nicht „**gesetzlos**“) **gewissenlos**?

Bei Ihrer ausgeprägten Gesetzes-Abstinentz wissen Sie sicher nicht, wie nach **§ 54 Bildung der Gesamtstrafe StGB** eine Gesamtstrafe aus den einzelnen Delikten bestimmt wird. Man kann es kurz machen: auf „**Hochverrat gegen den Bund**“ nach **§ 81 StGB** steht **lebenslanglich**, allerdings ist notorischer Hochverrat dabei noch nicht berücksichtigt.

(Dr. Arnd Rüter)

- die von den **Richtern Dr. Dürschke, Fr. Hentrich, Fr. Dr. Reich-Malter** und den **ehrenamtlichen Richtern Schärtl und Grundler** vom Bayerischen Landessozialgericht begangenen Straftaten ([\[IG_K-LG_23150\]](#))
 - **928 Rechtsbeugungen (§ 339 StGB) i.V.m. § 12 StGB Verbrechen**
 - **3473 Beihilfe und Begünstigung (Betrug im besonders schweren Fall, Nötigung, Erpressung, Amtsanmaßung)**
 - **29 Hochverrat gegen den Bund (§ 81 StGB)**
 - **.. 39 Brüche der Europäischen Konvention f. Menschenrechte und zum Schutz der Grundrechte (EMRK)**

Allerdings sind das ja nur die Straftaten in meinem Fall, diese **Beihilfe** und **Begünstigung** leisten Sie ja auch in anderen Fällen.

Durch den staatlich organisierten Betrug auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch mit mafiösen Strukturen werden ja 6,3 Mio Bundesbürger seit 2004 um ca. 20 % ihres privat ersparten Geldes aus Kapitallebensversicherungen gebracht mit einer bisherigen Betrugsbeute von über 30 Milliarden Euro. Der **Betrug** und, wenn bei wehrhaften Betrogenen nötig, **Nötigung** und **Erpressung** oder **Beauftragung eines staatlich organisierten Diebstahls** werden in erster Linie von den **gesetzlichen Krankenkassen** durchgeführt. Naturgemäß spielen dabei die **Sozialgerichte** (Sozialgerichte, Landessozialgerichte, Bundessozialgericht) ebenfalls eine herausragende Mittäter-Rolle.


Es ist nicht bekannt wie viele weitere von den Betrogenen vor den Sozialgerichten geklagt und vor den Landessozialgerichten Berufung eingelegt haben; und es ist nicht bekannt, wie viele weitere von denen allein in Bayern seit 01.09.2018 von den Richtern der bayerischen Sozialgerichte oder des Bayerischen Landessozialgerichts abserviert wurden, weil Sie Herr Kolbe, den vorsätzlichen, notorischen, zwanghaften, massenhaften und schwerwiegenden Bruch der Gesetze durch die Richter der bayerischen Sozialgerichtsbarkeit als eine ordnungsgemäße Art der Ausführung der Amtsgeschäfte und der obliegenden Amtspflicht entsprechend einordnen (z.B.

- die von der **Richterin Brunner** vom Sozialgericht München begangenen Straftaten ([\[IG_K-SG_27314\]](#))
 - **21 Rechtsbeugungen (§ 339 StGB) i.V.m. § 12 StGB Verbrechen**
 - **1 Nötigung im besonders schweren Fall (§ 240 StGB)**
- die von den **Richtern Dürschke, Fr. Reich-Malter, Hentrich** vom Bayerischen Landessozialgericht begangenen Straftaten ([\[IG_K-LG_27315\]](#))
 - **8 Rechtsbeugungen (§ 339 StGB) i.V.m. § 12 StGB Verbrechen**
 - **1 Nötigung im besonders schweren Fall**
- oder die von der **Richterin Hentrich** und den **ehrenamtlichen Richtern Reiter und Bock** vom Bayerischen Landessozialgericht begangenen Straftaten ([\[IG_K-LG_27320\]](#))
 - **66 Rechtsbeugungen (§ 339 StGB) i.V.m. § 12 StGB Verbrechen**
 - **3 Amtsanmaßungen**
 - **3 Begünstigungen von Betrug**

Und es ist auch nicht bekannt, ob Sie selbst derartige „Recht“sprechungen als Richter der Sozialgerichte Landshut, Augsburg, Regensburg und München und des Bayer. LSG in den Jahren 2000 bis 2018 produziert haben.

Führen Sie Buch über ggf. begangene Straftaten? Schlafen Sie ruhig, sozusagen (nein, nicht „gesetzlos“) **gewissenlos**?

Bei Ihrer ausgeprägten Gesetzes-Abstinenz wissen Sie sicher nicht, wie nach **§ 54 Bildung der Gesamtstrafe StGB** eine Gesamtstrafe aus den einzelnen Delikten bestimmt wird. Man kann es kurz machen: auf „**Hochverrat gegen den Bund**“ nach **§ 81 StGB** steht **lebenslanglich**, allerdings ist notorischer Hochverrat dabei noch nicht berücksichtigt.


 (Dr. Arnd Rüter)

Einlieferungsbeleg
Bitte Beleg gut aufbewahren!

Deutsche Post AG 85591
Vaterstetten
84025733 5355 02.10.23 16:14
Sendungsnummer: RT 7310 6561 5DE
Einschreiben

CSG
Kolbe



Information zum Sendungsstatus:
Code bequem mit unserer App scannen
oder Sendungsnummer unter
www.deutschepost.de/briefstatus eingeben

Kundenservice Brief
0228 4333112
montags bis freitags von 8 bis 18 Uhr

Vielen Dank für Ihren Besuch.
Ihre Deutsche Post AG



Die POST ist schon lange mehr nicht mehr das, was sie mal war; sie lässt sich die Leistung „Einschreiben mit Übergabe-Quittierung“ bezahlen, schmeißt es dann aber einfach ohne Quittierung ins Postfach

<https://www.deutschepost.de/sendung/simpleQueryResult.html>

Shop Versenden ▾ Empfangen ▾ Geschäftskunden ▾ Hilfe & Tipps ▾

SENDUNGSVERFOLGUNG **Einzelabfrage** Geschäftskunden Nachforschung International Anmelden

Ergebnis:

Sendungsnummer	Status der Sendung	Weitere Bearbeitungsschritte
RT731065615DE	Der Empfänger besitzt ein Postfach. Die Sendung wurde am 04.10.2023 zur Abholung bereitgelegt.	► Statusmeldung per E-Mail anfordern

Dr. Arnd Rüter
Haydnstraße 5
85591 Vaterstetten
[IG_K-LG_23156]
= [IG_K-PP_202]

Einschreiben Übergabe

- persönlich -
Günther Kolbe
Präsident des
Bayerischen Landessozialgerichts
Ludwigstraße 15
80539 München

Vaterstetten, 03.10.2023

Ihre Aktenzeichen: **LSG-32 01-312-1-3** [IG_K-PP_202]
L 12 KR 179/22, L 12 KR 180/22,
L 12 KR 325/22 – L12 KR 329/22

meine Aktenzeichen:

[IG_K-LG_23100] bis [IG_K-LG_23119],
[IG_K-LG_23200] bis [IG_K-LG_23214],
[IG_K-LG_23115], [IG_K-LG_23120] bis [IG_K-LG_23156] ff
[IG_K-PE_2301] bis [IG_K-PE_2320]
[IG_K-PL_518]
[IG_K-PP_200] bis [IG_K-PP_202]

alle referenzierten Dokumente [IG_K-XX_2yyyy] oder [IG_O-XX_yyyyy] sind barrierefrei und öffentlich zugänglich über den Webauftritt der Interessengemeinschaft der GMG-Geschädigten <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/>, die Beweisdokumente der Gruppe "IG-K" sind direkt zugänglich über <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-K/> die umfangreichen Beweisdokumente der Gruppe "IG-Szz" sind direkt zugänglich über <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Schluesse/>

politisch motivierte Willkürjustiz in den Berufungsverfahren

- Berufungsklage 3 vom 20.04.2022
- Berufungsklage 4 vom 20.04.2022
- Berufungsklage 5 vom 04.08.2022

verweigerte Bearbeitung einer Dienstaufsichtsbeschwerde

Herr Präsident des Bayerischen Landessozialgerichts, Günther Kolbe,

zum **Schreiben vom 29.09.2023** ([IG_K-PP_202]) anbei ein **Austauschblatt der letzten Seite**.
Ich bitte um Entschuldigung, es waren Namen von Richtern zu korrigieren (Namen in Rot, Änderungsbalken links); bei so vielen Tätern, kann man auch bei gewissenhaftem Arbeiten schon mal durcheinander kommen.



(Dr. Arnd Rüter)

- die von den Richtern **Dr. Harald Hesral, Fr. Kunz, Fr. Dr. Reich-Malter** und den **ehrenamtlichen Richtern Türk-Berkhan und Liegl** vom Bayerischen Landessozialgericht begangenen Straftaten (*[IG_K-LG_23150]*)
 - **928 Rechtsbeugungen (§ 339 StGB) i.V.m. § 12 StGB Verbrechen**
 - **3473 Beihilfe und Begünstigung (Betrug im besonders schweren Fall, Nötigung, Erpressung, Amtsanmaßung)**
 - **29 Hochverrat gegen den Bund (§ 81 StGB)**
 - **39 Brüche der Europäischen Konvention f. Menschenrechte und zum Schutz der Grundrechte (EMRK)**

Allerdings sind das ja nur die Straftaten in meinem Fall, diese **Beihilfe** und **Begünstigung** leisten Sie ja auch in anderen Fällen.

Durch den staatlich organisierten Betrug auf Basis von Rechtsbeugung und Verfassungsbruch mit mafiösen Strukturen werden ja 6,3 Mio Bundesbürger seit 2004 um ca. 20 % ihres privat ersparten Geldes aus Kapitallebensversicherungen gebracht mit einer bisherigen Betrugsbeute von über 30 Milliarden Euro. Der **Betrug** und, wenn bei wehrhaften Betrogenen nötig, **Nötigung** und **Erpressung** oder **Beauftragung eines staatlich organisierten Diebstahls** werden in erster Linie von den **gesetzlichen Krankenkassen** durchgeführt. Naturgemäß spielen dabei die **Sozialgerichte** (Sozialgerichte, Landessozialgerichte, Bundessozialgericht) ebenfalls eine herausragende Mittäter-Rolle.

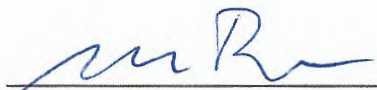
Es ist nicht bekannt wie viele weitere von den Betrogenen vor den Sozialgerichten geklagt und vor den Landessozialgerichten Berufung eingelegt haben; und es ist nicht bekannt, wie viele weitere von denen allein in Bayern seit 01.09.2018 von den Richtern der bayerischen Sozialgerichte oder des Bayerischen Landessozialgerichts abserviert wurden, weil Sie Herr Kolbe, den vorsätzlichen, notorischen, zwanghaften, massenhaften und schwerwiegenden Bruch der Gesetze durch die Richter der bayerischen Sozialgerichtsbarkeit als eine ordnungsgemäße Art der Ausführung der Amtsgeschäfte und der obliegenden Amtspflicht entsprechend einordnen (z.B.

- die von der **Richterin Brunner** vom Sozialgericht München begangenen Straftaten (*[IG_K-SG_27314]*)
 - **21 Rechtsbeugungen (§ 339 StGB) i.V.m. § 12 StGB Verbrechen**
 - **1 Nötigung im besonders schweren Fall (§ 240 StGB)**
- die von den **Richtern Dürschke, Fr. Reich-Malter, Hentrich** vom Bayerischen Landessozialgericht begangenen Straftaten (*[IG_K-LG_27315]*)
 - **8 Rechtsbeugungen (§ 339 StGB) i.V.m. § 12 StGB Verbrechen**
 - **1 Nötigung im besonders schweren Fall**
- oder die von der **Richterin Hentrich** und den **ehrenamtlichen Richtern Reiter und Bock** vom Bayerischen Landessozialgericht begangenen Straftaten (*[IG_K-LG_27320]*)
 - **66 Rechtsbeugungen (§ 339 StGB) i.V.m. § 12 StGB Verbrechen**
 - **3 Amtsanmaßungen**
 - **3 Begünstigungen von Betrug**

Und es ist auch nicht bekannt, ob Sie selbst derartige „Recht“sprechungen als Richter der Sozialgerichte Landshut, Augsburg, Regensburg und München und des Bayer. LSG in den Jahren 2000 bis 2018 produziert haben.

Führen Sie Buch über ggf. begangene Straftaten? Schlafen Sie ruhig, sozusagen (nein, nicht „gesetzlos“) **gewissenlos?**

Bei Ihrer ausgeprägten Gesetzes-Abstinentz wissen Sie sicher nicht, wie nach **§ 54 Bildung der Gesamtstrafe StGB** eine Gesamtstrafe aus den einzelnen Delikten bestimmt wird. Man kann es kurz machen: auf „**Hochverrat gegen den Bund**“ nach **§ 81 StGB** steht **lebenslänglich**, allerdings ist notorischer Hochverrat dabei noch nicht berücksichtigt.


 (Dr. Arnd Rüter)

Einlieferungsbeleg
Bitte Beleg gut aufbewahren!

Deutsche Post AG 85591
Vaterstetten
84025733 6341 04.10.23 16:24
Sendungsnummer: RT 7310 6609 9DE
Einschreiben

LSG
Kolke



Information zum Sendungsstatus:
Code bequem mit unserer App scannen
oder Sendungsnummer unter
www.deutschepost.de/briefstatus eingeben

Kundenservice Brief
0228 4333112
montags bis freitags von 8 bis 18 Uhr

Vielen Dank für Ihren Besuch.
Ihre Deutsche Post AG

